



Die starken Arme

Die Pestizidlobby versteht es, ihre Interessen in Bundesbern durchzusetzen. So bleiben in der Schweiz andernorts verbotene Pestizide im Einsatz, und neue Pestizide werden in intransparenten Verfahren auf den Markt gebracht.

Anfang Mai 2013 läuten beim Syngenta-Konzern und bei Scienceindustries, dem Wirtschaftsverband Chemie Pharma Biotech, die Alarmglocken. Die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) will das erst kürzlich ausgesprochene EU-Verbot für drei bienengefährliche Pestizide (sogenannte Neonikotinoide) auf weitere Insektizide ausdehnen und folgert: «Die Landwirtschaft hat Alternativen, das beweisen der extensive IP-Anbau und der Biolandbau.» Eine entsprechende Motion kommt anderthalb Monate später im Nationalrat zur Abstimmung. Höchste Zeit also für eine PR-Offensive der Pestizidlobby.

Interessenkonflikt beim Bundesamt

Bereits am 19. Mai präsentiert sich der Abwehrriegel unter der Leitung von Scienceindustries vor den versammelten Medien,

allen voran ein Syngenta-Vertreter und – man höre und staune – Eva Reinhard, die Vizedirektorin des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW) und damit oberste Chefin der Zulassungsstelle für Pestizide. Der Tenor der Medienkonferenz ist klar: Pestizide, insbesondere Neonikotinoide, seien in der Schweiz für die «Land- und Ernährungswirtschaft unverzichtbar», um den heutigen Selbstversorgungsgrad halten zu können.

Der gemeinsame PR-Auftritt lieferte ein überaus treffendes Bild für die enge Symbiose von BLW und Pestizidindustrie. Die Medien berichteten brav über die PR-Medienkonferenz, ohne Reinhard's Interessenkollision zu erwähnen. Einzig die Rundschau von SRF stellte die Vizedirektorin drei Wochen später zur Rede, worauf sie einen Interessenkonflikt mit der Begründung verneinte: «Für das Bundesamt für Landwirtschaft ist es extrem wichtig, dass wir mit allen reden und diskutieren.»

Bund sieht keine Risiken

Jahrelang hatte das BLW zur Freude der Pestizidproduzenten keine «unannehmbaren» Risiken für die Neonikotinoide festgestellt. Doch im Januar 2013 publizierte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) einen alarmierenden Bericht, der die Gefährlichkeit für die Bienen bestätigte. Ende April beschlossen die EU-Staaten ein Verbot der drei hochpotenten Neonikotinoide Imidacloprid, Clothianidin und Thiametoxam, nachdem die europäische Pestizidlobby massiven Druck ausgeübt hatte, allen voran die European Crop Protection Association (ECPA), bei der auch Scienceindustries assoziiertes Mitglied ist.



www.flonline.de

der Pestizidlobby

Nach dem EU-Verbot musste auch das Bundesamt für Landwirtschaft zähneknirschend nachziehen und vernebelte in einer zweideutigen Medienmitteilung sein Dilemma: «Obwohl diese Pflanzenschutzmittel kein unannehmbares Risiko für Bienen darstellen, erachtete das BLW die Sicherheitsmarge als klein.»

Ende Mai gab es im Kampf gegen die Ausweitung des Verbots auch noch Schützenhilfe vom zuständigen Bundesrat höchstpersönlich: In seiner schriftlichen Antwort auf die WBK-Motion warnte Landwirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann vor «dramatischen Konsequenzen für die Landwirtschaft», das heisst vor einer «drastischen» Senkung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Antwort atmete untrüglich den Geist der Chemielobby und des Bauernverbands. Am 19. Juni konnte die vereinigte Pestizidlobby jubeln: Die WBK-Motion wurde im Nationalrat knapp mit 99 zu 85 Stimmen abgelehnt. Vor allem die CVP war gespalten.

Die Pestizidlobby ist gut vernetzt

Bei seinem Lobbying setzt der Schweizer Pestizidgigant Syngenta auf die Dienste der PR-Agentur Dynamics Group AG. Auf deren Auftragsliste stehen auch Scienceindustries und die Parlamentarische Gruppe Bildung, Forschung und Innovation, die vom Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister präsiert wird. Das Sekretariat der parlamentarischen Gruppe wird von Scienceindustries geführt. Alle drei Mandate werden von der Dynamics-Partnerin und früheren Tages-Anzeiger-Redaktorin Bettina Mutter betreut, die neuerdings mit einer Zutritts-

berechtigung von Pfister fürs Parlament ausgerüstet ist. Auf Einladung der parlamentarischen Gruppe referierte anlässlich der letzten März-Session Gerardo Ramos, der Pestizid-Verantwortliche von Syngenta, der die Entwicklungskosten für ein neues Pestizid auf 260 Millionen US-Dollar bezifferte. Die Botschaft an Politik und Behörden war klar: Ein Verbot vernichtet Investitionen und Arbeitsplätze.

Intransparente Zulassungsverfahren

Angesichts dieses Drucks der Industrie auf die Zulassungsbehörde im BLW stellt sich die brisante Frage, inwiefern diese noch unabhängig entscheiden kann. Auch angesichts der Problematik, dass das BLW beim Zulassungsverfahren nicht auf unabhängige Forschungsergebnisse zurückgreifen kann, sondern nur auf Studien, die im Auftrag der Antragsteller erstellt wurden. Auf die heikle Frage, ob auch schon Zulassungsgesuche abgelehnt wurden, schafft das BLW leider keine Transparenz und antwortet nur: «Wir führen keine Statistik bezüglich dieses Punkts.»

Das Zustandekommen von Zulassungsentscheiden für Pestizide durch den «Fachbereich nachhaltiger Pflanzenschutz» im BLW ist deshalb eine Blackbox. Es gibt keine Statistik über akzeptierte, abgelehnte oder modifizierte Gesuche, wie das BLW auf Anfrage bestätigt. Die Gesuche der Pestizidfirmen sind samt den von ihnen veranlassten Gutachten geheim. Auch die Zulassungsberichte und die Güterabwägung des BLW werden nicht publiziert. Hier besteht eine grosse Intransparenz in einem Bereich von öffentlichem Interesse. »

Die Natur ist zu einem grossen Freiland-Versuchslabor der Pestizidindustrie geworden. Weil das Risiko vieler Pestizide zum Zeitpunkt der Zulassung viel zu niedrig eingeschätzt wird, müssen aufgrund neuer Erkenntnisse laufend gefährliche Pestizide vom Markt genommen werden. In den letzten vier Jahren hat das BLW 36 Wirkstoffe widerrufen, mehrheitlich im Nachvollzug zur EU.

Die Strategie der Pestizidindustrie in der Schweiz ist offensichtlich: Es gilt erstens zu verhindern, dass das BLW schärfere Zulassungsbedingungen als die EU fordert, und zweitens pestizidfreundliche Sonderregelungen durchzuboxen. Etliche der gefährlichen Pestizide waren in der EU längst verboten, als sie auch in der Schweiz widerrufen wurden. Beispielsweise die beiden Herbizide Dichlobenil und Trifluralin, die in der EU schon seit 2004 beziehungsweise 2007 verboten sind. In der Schweiz wurden die beiden Pflanzengifte erst 2013 aus der Pestizidliste des BLW gestrichen. Im Widerrufs-Entscheid für Trifluralin kam die EU-Kommission bereits im Jahr 2007 zum Schluss, dass Trifluralin «stark toxisch auf Wasserorganismen» wirke, vor allem auf Fische.

Bhopal-Gift blieb auf der Liste

Auch der Wirkstoff Aldicarb wurde in der EU bereits 2007 verboten. Laut dem Widerrufs-Entscheid der EU besteht «ein hohes Risiko» für Kleinvögel und Erdwürmer. Trotzdem stehen in der Schweiz immer noch zwei Aldicarb-Pestizide der Firmen Bayer und Omya auf der BLW-Liste, weil das BLW im Jahr 2007 dem Druck des Verbandes der Zuckerrübenpflanzer nachgegeben hat und seit acht Jahren beide Augen zugedrückt hat. Ende Jahr soll nun endgültig Schluss sein mit Aldicarb, das eines der beiden Gifte war, die in der Chemie-Katastrophe 1984 im indischen Bhopal freigesetzt wurden. Schätzungsweise 20000 Menschen sind seither direkt oder an den Spätfolgen gestorben.

Während die Widerrufsberichte in der EU publiziert werden, setzt das BLW auf Geheimhaltung im Interesse der Pestizidindustrie: «Wir publizieren keine derartigen Berichte.» Einzig der Name der widerrufenen Pestizide steht ohne weitere Angaben in den Änderungsentscheiden des Bundesrats.

Wie gut BLW und die Pestizidlobby selbst in der Formulierung ihrer Medienmitteilungen harmonieren, zeigte sich letzten März, als die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) zum Schluss kam, der weltweit am meisten verkaufte Wirkstoff Glyphosat sei «wahrscheinlich krebserregend für den Menschen». Sofort schalteten das BLW und die Pestizidindustrie auf Verteidigung. Dabei stimmte die Medienmitteilung von Scienceindustries auffallend gut mit jener des BLW überein.

Und so hat sich das Szenario der WBK-Motion zu den Neonicotinoiden nun auch beim gesundheits- und umweltschädli-

Transparentere Verfahren

Pro Natura stellt an den Zulassungsprozess von Pestiziden folgende Forderungen:

Zulassungsentscheide objektivieren: Beim Zulassungsverfahren von Pestiziden sollen alle betroffenen Bundesämter (Landwirtschaft, Umwelt, Gesundheit) zu gleichen Teilen entscheidungsberechtigt sein. Die aktuelle Verantwortung des Zulassungsprozesses beim Bundesamt für Landwirtschaft ist nicht sachgerecht.

Risiken reduzieren: Die Risiken beim Einsatz von Pestiziden werden heute im Zulassungsprozess nur ungenügend in Betracht gezogen. Es müssen neue Anwendungsvorschriften geschaffen werden, damit sogenannte Nichtzielorganismen besser geschützt werden.

Transparenz schaffen: Verwaltungsentscheide, die für unsere Gesundheit und die Umwelt relevant sind, müssen nachvollziehbar sein. Güterabwägungen und alle relevanten Studien, die Grundlage für einen Zulassungsentscheid sind, müssen deshalb öffentlich einsehbar sein. [ml](#)

chen Pestizid Glyphosat wiederholt: In der Beantwortung mehrerer Vorstösse beschied der Bundesrat im Juni, dass er Glyphosat weiterhin als nicht krebserregend betrachte. Zudem sei es auch für sämtliche Tiere unschädlich. Währenddessen nehmen alarmierende Missbildungen und Krankheiten bei Tieren und Menschen, die hohen Glyphosat-Konzentrationen ausgesetzt waren, weltweit markant zu. Auch deshalb haben Coop und Migros mittlerweile alle glyphosathaltigen Produkte aus ihrem Sortiment gekippt.

Zurzeit erarbeiteten mehrere Arbeitsgruppen in einem verwaltungsinternen Prozess einen nationalen Aktionsplan zur Risikoreduktion der Pestizide. Die Federführung liegt nicht etwa bei den Schutzämtern des Bundes, also beim Bundesamt für Umwelt (BAFU) oder Bundesamt für Gesundheit (BAG), sondern einmal mehr beim pestizidfreundlichen BLW. Dieses lud im April 2014 die interessierten Kreise zu einem Workshop. Das präventive Wünschen und Wehklagen der Pestizid- und Bauernlobby war im Workshop allseits präsent. Am Schluss des Workshops zeigte sich laut Protokoll der Vertreter von Scienceindustries hoch erfreut: «Guter, produktiver Tag. Gute Sache.» Der Bericht soll Ende nächstes Jahr vorliegen.

KURT MARTI arbeitet als freischaffender Journalist.

Dieser Beitrag ist der zweite Teil einer dreiteiligen Serie über Pestizide in der Schweiz. In der nächsten Ausgabe richtet sich der Fokus auf die Umwelt-Gesetzgebung und deren Vollzug.